

Stralsunder Werkstätten gemeinnützige GmbH  
Albert-Schweitzer-Str. 1  
18437 Stralsund

## **Vergabeverfahren**

### **Leistungen der Personensonderbeförderung (Straße)**

#### **über die Beförderung von erwachsenen Menschen mit körperlichen, geistigen und mehrfachen Behinderungen**

### **Leistungsbeschreibung**

#### **Inhaltsverzeichnis:**

1.	Anforderungen an die Durchführung der Beförderungsleistung .....	3
1.1.	Auftragsinhalte und Auftragsumfang .....	3
1.2.	Fahrtouren .....	4
1.3.	Tageszeitliche Durchführung der Beförderungsleistungen .....	4
1.4.	Vorbereitung und Organisation der Beförderungsfahrten .....	5
1.5.	Ein- und Ausstieg .....	5
1.6.	Verspätung, Verhinderung .....	5
2.	Kraftfahrzeuge .....	6
2.1.	Betriebssicherheit .....	6
2.2.	Kennzeichnung der Fahrzeuge, Sitze und Rückhaltesysteme .....	6
2.3.	Beheizung, Klimatisierung, Sonnenschutz, Bereifung .....	6
2.4.	Hygiene .....	7
2.5.	Mindestquote an „sauberen“ Nutzfahrzeugen .....	7
3.	Fahrpersonal .....	8
3.1.	Fahrzeugführer .....	8
3.2.	Gewaltschutz .....	8
3.3.	Vergaberechtlicher Mindestlohn .....	9
4.	Haftung und Versicherung .....	9
4.1.	Personen- und Sachschäden .....	9
4.2.	Versicherungsschutz .....	9
5.	Vergütung und Abrechnung der Leistungen .....	10
5.1.	Vergütung der Beförderungsleistungen .....	10
5.2.	Rechnungsstellung .....	11

6.	Schutz personenbezogener Daten .....	11
7.	Vertragsdauer und Kündigung .....	12
7.1.	Laufzeit des Vertrages .....	12
7.2.	Kündigung.....	12
8.	Sonstiges zum Vertrag.....	12

## **Leistungsbeschreibung (inklusive Besonderer Vertragsbedingungen)**

Gegenstand der vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen ist die fachgerechte und vorschriftsgemäße Beförderung von vorher benannten erwachsenen Menschen mit körperlichen, geistigen und mehrfachen Behinderungen von Montag - Freitag ab ihren jeweiligen Wohnorten (1. Haltepunkt gem. Personenliste) zu den Stralsunder Werkstätten an folgenden Standorten (2. Haltepunkt gem. Personenliste):

- Albert-Schweitzer-Str. 1, 18437 Stralsund	=A
- Hafenstraße 19, 18439 Stralsund (bis 1.Quartal 2027)	=B
- Ziegelstraße 11, 18439 Stralsund (ab 2.Quartal 2027)	=C
- Waldweg 1, 18442 Wendorf	=D
- Agnes-Bluhm-Straße 30, 18442 Wendorf	=E
- Rostocker Chaussee 70 Haus 48, 18437 Stralsund	=F
- Barther Straße 62a, 18437 Stralsund (bis 1.Quartal 2027)	=G
- Grünhufer Bogen 2 (Tierparkgelände), 18437 Stralsund	=H
- Ziegelstraße 2, 18439 Stralsund	=I

und nach Beendigung der Beschäftigung bzw. Betreuung wieder zurück zu den Wohnorten der Betreuten.

Mit dem im Juni 2021 verabschiedeten Teilhabestärkungsgesetz wurde das SGB IX um § 37a zum Thema Gewaltschutz ergänzt. Damit wurde Gewaltschutz zur gesetzlich verbindlichen Aufgabe sozialer Einrichtungen und Werkstätten. Diese müssen sich professionell mit Themen wie Macht, Abhängigkeit, Missbrauch und Gewalt auseinandersetzen.

Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf ein gewaltfreies und selbstbestimmtes Leben.

Die Stralsunder Werkstätten lehnen jede Art von Gewalt ab und fördern eine gewaltfreie Begleitung und Betreuung ihrer Schutzbefohlenen.

Das Leitbild bildet die Grundlage der täglichen Arbeit in allen Bereichen der Stralsunder Werkstätten.

Die Arbeit an dem Gewaltschutzkonzept ist ein fortlaufender Prozess, der die gesamte Werkstatt betrifft und auf verschiedenen Ebenen erfolgt und eine Reflexion der bestehenden Haltungen und Einstellungen erfordert.

Ziele dieses Konzepts sind die Sensibilisierung der Fachkräfte, das Festlegen von Maßnahmen zur Prävention von Gewalt sowie die Festlegung des Vorgehens bei Vorfällen von Gewalt.

### **1. Anforderungen an die Durchführung der Beförderungsleistung**

#### **1.1. Auftragsinhalte und Auftragsumfang**

- 1.1.1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich bei Auftragserteilung, die ihm spätestens 7 Tage (in Sonderfällen 2 - 3 Tage vorher) zuvor mitgeteilten namentlich genannten Personen von Montag - Freitag von ihren Wohnorten bzw. den jeweiligen Haltepunkten zu den Stralsunder Werkstätten zu befördern und nach Beendigung der Beschäftigung bzw. Betreuung wieder zu den jeweiligen Wohnorten bzw. den jeweiligen Haltepunkten zurückzubefördern. Sonderfälle in diesem Sinne sind insbesondere plötzliche Veränderungen im Wohnumfeld und damit verbundene Adressänderungen, kurzfristige Neuanmeldungen.
- 1.1.2. Die Vertragssprache ist deutsch. Alle zur Abwicklung der beauftragten Leistung eingesetzten und zuständigen Mitarbeiter des Auftragnehmers (Führungspersonal / Mitarbeiter in Organisation und Verwaltung / Fahrpersonal usw.) müssen der

deutschen Sprache mächtig sein. Sie müssen die deutsche Sprache handlungsrelevant verstehen sowie gut verständlich deutsch sprechen. Sämtlicher Schriftverkehr ist in deutscher Sprache zu führen.

## **1.2. Fahrtouren**

- 1.2.1. Der Auftraggeber fertigt eine Übersicht über die zu befördernden Personen an und der Auftragnehmer entwickelt daraus die Fahrtrouten unter Beachtung bestimmter Vorgaben (z.B. maximale Beförderungsdauer).
- 1.2.2. Die Beförderungsleistungen sind zu regelmäßigen Zeiten in unterschiedlichen Einzeltouren zu erbringen.
- 1.2.3. Die anzubietenden Beförderungsleistungen beinhalten Beförderungsfahrten von Montag – Freitag.
- 1.2.4. Die Touren werden spätestens 7 Tage vorab (in Sonderfällen i. S. d. Ziff. 1.1.1: 2 - 3 Tage) mit ihren wichtigsten Daten vom Auftraggeber bekannt gegeben (Haltepunkte, Anzahl der zu befördernden Personen / Anzahl zu transportierender Rollstühle).
- 1.2.5. Änderungen in der Zusammensetzung der Touren sowie in der Anzahl der Touren sind durch An- und Abmeldungen, Umzug sowie durch Krankheit und sonstige Abwesenheiten jederzeit möglich.
- 1.2.6. 4 x jährlich ist die Beförderungsleistung zu abweichenden Zeiten, auf Grund von Arbeitszeitverschiebungen bei Festen und Veranstaltungen, zu erbringen. Diese Termine werden 1 Monat vorab bekannt gegeben.
- 1.2.7. Bei unwirtschaftlich gewordenen Streckenführungen / Einzeltouren infolge Minderung der Anzahl der Beförderten, kann auch während des Ausführungszeitraumes mit sofortiger Wirkung eine Tour entfallen oder mit einer anderen Tour zusammengelegt werden. Die Entscheidung trifft der Auftraggeber nach Anhörung der Vorschläge des Auftragnehmers.
- 1.2.8. Es dürfen nur Personen im Auftrag des Auftraggebers befördert werden. Zwischen den einzelnen Stationen einer Tour sind keine unnötigen Aufenthalte/Wartzeiten erlaubt. Für die Fahrstrecke ist die schnellste Verkehrsrouten zu wählen.
- 1.2.9. Die Fahrdauer pro Beförderung jedes Beförderungsteilnehmers soll so kurz wie möglich bemessen sein. Die Touren sind vom Auftragnehmer – sofern möglich – so zu planen, dass die Dauer der Beförderung pro Tour bei normalen Verkehrsaufkommen eine Stunde nicht überschreitet. Sind deutliche Überschreitungen (> 15 Min.) dieses o.g. Zeitrahmens für Einzelne abzusehen, so ist der Auftraggeber zu informieren. Die Information vom Auftragnehmer an den Auftraggeber erfolgt bei der planmäßigen Überschreitung der Tour und bedarf der Genehmigung durch den Auftraggeber.

## **1.3. Tageszeitliche Durchführung der Beförderungsleistungen**

- 1.3.1. Die Anfahrt hat so zu erfolgen, dass die zu befördernden Personen jeweils rechtzeitig zum Arbeits-/Betreuungsbeginn anwesend sind. Eine rechtzeitige Anwesenheit ist dann gegeben, wenn die Personen am Zielort Stralsunder Werkstätten 10 Minuten vor Arbeits- bzw. Betreuungsbeginn eintreffen.
- 1.3.2. Die Abfahrt hat so zu erfolgen, dass die zu befördernden Personen 10 Minuten nach Beendigung der Arbeits- bzw. Betreuungszeit bei den Stralsunder Werkstätten abgeholt werden.
- 1.3.3. Arbeits- bzw. Betreuungszeiten sind dem Leistungsverzeichnis zu entnehmen.

#### **1.4. Vorbereitung und Organisation der Beförderungsfahrten**

- 1.4.1. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass das Fahrpersonal während der Dauer der Beförderung telefonisch erreichbar ist und sichert zu, dass hierzu die Fahrzeuge mit einer Freisprechanlage ausgestattet sind.
- 1.4.2. Der Auftragnehmer unterhält eine Hotline bzw. ernennt einen Ansprechpartner für An- bzw. Abmeldungen von Fahrgästen und Tourenplanung (mind. 2h vor Tour-Beginn und 2h nach letzter Tour erreichbar).
- 1.4.3. Bei Abmeldung einer zu befördernden Person z.B. wegen Krankheit oder aus ähnlichen Gründen, ist der entsprechende Haltepunkt so lange nicht mehr anzufahren, bis dem Auftragnehmer vom Auftraggeber mitgeteilt wird, dass die betreffende Person wieder zu befördern ist.
- 1.4.4. Für Ausfälle von Fahrzeugen ist die Bereitschaft eines Ersatzfahrzeuges sicherzustellen.
- 1.4.5. Kommt der Auftragnehmer schuldhaft seiner Beförderungspflicht nicht oder nicht rechtzeitig nach, so ist der Auftraggeber berechtigt, die Beförderung auf Kosten des Auftragnehmers von Dritten durchführen zu lassen. Das Gleiche gilt, wenn der Auftragnehmer seinen sonstigen Verpflichtungen aus diesem Vertrag nicht nachkommt. Verzögerungen aufgrund des Verkehrsflusses oder höherer Gewalt können dem Auftragnehmer nicht angelastet werden.
- 1.4.6. Der Auftragnehmer unterrichtet den Auftraggeber unverzüglich über besondere Gefahrenquellen auf Fahrtstrecken und an den Haltestellen sowie über eventuelle Gefährdungen der zu befördernden Personen während der Beförderung.
- 1.4.7. Zeichnen sich während oder vor der Durchführung von Beförderungsfahrten Verspätungen von mehr als 15 Minuten ab, so ist der Auftraggeber unmittelbar zu benachrichtigen.

#### **1.5. Ein- und Ausstieg**

- 1.5.1. Zu der von dem Auftragnehmer geschuldeten Beförderungsleistung gehört auch die Hilfe beim Ein- und Ausstieg (auch Umsetzen) der zu befördernden Personen in das Fahrzeug bzw. aus diesem heraus einschließlich des Anlegens und LöSENS aller Sicherheitsgurte etc.
- 1.5.2. Während jeder Fahrt werden alle Beförderungsteilnehmer in den Fahrzeugen jederzeit gemäß den gesetzlichen Bestimmungen gesichert, insbesondere durch Nutzung der vorgeschriebenen Sicherheitsgurte und Sitzhilfen.
- 1.5.3. Das Fahrpersonal fährt bei Bedarf Rollstühle in das Fahrzeug und ist für deren Sicherung verantwortlich.
- 1.5.4. Die Haltepunkte sind möglichst so anzufahren, dass eine Straßenüberquerung für den Ein- oder Ausstieg nicht erforderlich ist.

#### **1.6. Verspätung, Verhinderung**

Beförderungsteilnehmer können bis zum Fahrtantritt abgemeldet werden (z.B. wegen Krankheit). Der Auftragnehmer stellt sicher, dass das Fahrpersonal unmittelbar vor Fahrtantritt telefonische Mitteilungen dieser Art erhält. Ist ein Beförderungsteilnehmer nicht spätestens 5 Min. nach den im Tourenplan genannten Zeiten zur Abfahrt bereit, ist der Auftragnehmer nach Absprache mit der Einrichtung von der Beförderungspflicht für diesen Beförderungsteilnehmer für diese Fahrt befreit und hat die restliche Tour unverzüglich fortzusetzen. Das Gleiche gilt, wenn der

Beförderungsteilnehmer sich einer den Sicherheitsbestimmungen entsprechenden Beförderung nachhaltig verweigert. Darüber ist der Auftraggeber unverzüglich zu informieren.

## **2. Kraftfahrzeuge**

### **2.1. Betriebssicherheit**

- 2.1.1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die eingesetzten Fahrzeuge in einem ordnungsgemäßen betriebs- und verkehrssicheren Zustand bereitzustellen.
- 2.1.2. Die Fahrzeuge müssen allen jeweils aktuellen gesetzlichen und versicherungstechnischen Anforderungen und Vorschriften entsprechen.
- 2.1.3. Alle für den Transport von Personen in Rollstühlen eingesetzten Fahrzeuge müssen mit einem elektrisch betriebenen Hublift als Einstiegshilfe ausgestattet sein (in begründeten Ausnahmefällen mit einer manuellen Rampeanlage).
- 2.1.4. Abweichungen der Regelungen gem. 2.1 bedürfen der Zustimmung des Auftraggebers.

### **2.2. Kennzeichnung der Fahrzeuge, Sitze und Rückhaltesysteme**

- 2.2.1. Die zu befördernden Personen dürfen nur in geeigneten Rückhalteeinrichtungen entsprechend der Straßenverkehrsordnung bzw. sonstiger einschlägiger Bestimmung befördert werden.
- 2.2.2. Jeder Sitzplatz braucht einen Schulterschräggurt. Der Auftragnehmer hat für die Bereitstellung von handelsüblichen Rückhalteeinrichtungen zu sorgen.
- 2.2.3. Für den Transport von Personen in Rollstühlen sind ausschließlich Fahrzeuge für Behindertentransporte mit Rückhaltesystem nach DIN 75078-2 einzusetzen. Die Rollstühle sind an deren Kraftknoten über diese Rückhaltesysteme zu fixieren. Bei Rollstühlen ohne ausgewiesene Kraftknotensysteme sind diese anderweitig derart ausreichend zu fixieren (z. B. 4-Punkt-System), dass die Sicherheit sowie der Versicherungsschutz für die zu transportierende behinderte Person gewährleistet werden kann.

### **2.3. Beheizung, Klimatisierung, Sonnenschutz, Bereifung**

- 2.3.1. Die Fahrgastraumzonen der Fahrzeuge müssen während der kalten Jahreszeit ausreichend heizbar sein. Ein ausreichend leistungsfähiges und störungsfrei betriebsbereites Heizungssystem mit Stand- und Zusatzheizung ist deshalb in allen eingesetzten Fahrzeugen zu gewährleisten. Abweichungen bedürfen der Zustimmung des Auftraggebers.
- 2.3.2. Die Fahrgastraumzonen der Fahrzeuge müssen während der warmen Jahreszeit ausreichend klimatisiert werden können. Deshalb ist eine zuverlässig funktionierende Klimaanlage in allen eingesetzten Fahrzeugen vorzuhalten. Geeigneter Sonnenschutz an den Autofenstern ist in allen eingesetzten Fahrzeugen erforderlich (Hitze-/Blendempfindlichkeit). Ausnahmen müssen vom Auftraggeber genehmigt werden.
- 2.3.3. Eine Fenster- oder Gebläselüftung muss während der Beförderung vermieden werden.
- 2.3.4. Die Bereifung muss der Witterung entsprechen.

## **2.4. Hygiene**

- 2.4.1. Der Auftragnehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass sich insbesondere die Fahrgasträume wie auch das äußere Erscheinungsbild der eingesetzten Fahrzeuge immer in einem sauberen Zustand befinden.
- 2.4.2. In den Fahrzeugen darf auch bei den Leerfahrten nicht geraucht werden.
- 2.4.3. Für Schäden bzw. Verunreinigungen aufgrund des Fahrzeugeinsatzes im Bereich der Haltepunkte haftet der Auftragnehmer nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften.

## **2.5. Mindestquote an „sauberen“ Nutzfahrzeugen**

- 2.5.1. Um dem Auftraggeber zu ermöglichen, dass die in Quoten ausgedrückten Mindestziele gem. § 6 des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetzes (SaubFahrzeugBeschG) eingehalten werden, hat der Auftragnehmer sicherzustellen, dass dieselben Quoten bezogen auf die vertragsgegenständlichen Leistungen eingehalten werden, also bezogen auf die zur Beförderung im Rahmen des Vertrages eingesetzten Fahrzeuge. Die Einhaltung der Quoten im Rahmen der Beförderung wird als vertragliche Verpflichtung des Auftragnehmers vereinbart.
- 2.5.2. Unter der Annahme, dass der Auftragnehmer für die Durchführung der vertragsgegenständlichen Beförderungsleistungen Nutzfahrzeuge der Klasse M1 gem. § 2 S. 1 Nr. 4 SaubFahrzeugBeschG einsetzt, besagt diese Verpflichtung konkret, dass 38,5 % dieser Fahrzeuge den gesetzlichen Emissionsgrenzwert 0 CO<sub>2</sub> g/km einhalten (vgl. § 6 Abs. 1 S. 1 und 2 i. V. m. Anlage 1 SaubFahrzeugBeschG). (Klasse M1= Kraftfahrzeuge mit höchstens acht Sitzplätzen zusätzlich zum Fahrersitz und ohne Stehplätze, unabhängig davon, ob die Anzahl der Sitzplätze auf den Fahrersitz beschränkt ist; vgl. Art. 4 Abs. 1 lit. a) Ziff. i) der EU-Verordnung 2018/858 vom 30.05.2018.)
- 2.5.3. Von den vertraglich einzuhaltenden Quoten ausgenommen sind die in § 4 SaubFahrzeugBeschG genannten Fahrzeuge, insbesondere jene i. S. d. § 4 Abs. 1 Nr. 10 c) SaubFahrzeugBeschG (also im Sinne des Gesetzes Fahrzeuge der Klasse M1, die speziell konstruiert oder umgerüstet wurden, um eine oder mehrere Personen im Rollstuhl sitzend bei Fahrten auf der Straße aufnehmen zu können).
- 2.5.4. Dem Auftragnehmer wird für die Erreichung der Mindestziele gem. § 6 SaubFahrzeugBeschG ab Vertragsbeginn (Ziff. 7.1) eine Übergangsfrist von zwölf Monaten eingeräumt. D.h., die Quote sauberer zur Beförderung eingesetzter Fahrzeuge muss erstmals nach Ablauf dieser Übergangsfrist erreicht sein und ab dann fortlaufend bis zum Ende des Leistungszeitraums eingehalten werden. Ausnahmen im Sinne einer (vorübergehenden) Unterschreitung bedürfen einer vorherigen Zustimmung des Auftraggebers mindestens in Textform; ein Anspruch besteht darauf nicht.
- 2.5.5. Der Auftraggeber ist berechtigt, die Einhaltung der vorgenannten vertraglichen Verpflichtungen zwecks Einhaltung der Mindestziele gem. § 6 des SaubFahrzeugBeschG in regelmäßigen Abständen zu überwachen. Auf Verlangen hat die Auftragnehmerin Nachweise vorzulegen, aus denen sich die Einhaltung der geschuldeten Quoten ergibt.

### **3. Fahrpersonal**

#### **3.1. Fahrzeugführer**

- 3.1.1. Das Fahrpersonal wird entsprechend den gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen eingesetzt. Es erfolgt eine arbeitsmedizinische Betreuung des Fahrpersonals nach berufsgenossenschaftlichen Vorschriften.
- 3.1.2. Der Auftragnehmer muss das Fahrpersonal für eine sichere Beförderung von Menschen mit Behinderung schulen bzw. schulen lassen.
- 3.1.3. Der Auftragnehmer darf nur zuverlässige (s. auch Ziff. 3.1.2) und für die Beförderung der behinderten Menschen ausreichend qualifizierte und erfahrene Fahrzeugführer einsetzen.
- 3.1.4. Das Fahrpersonal hat alle für sie einschlägigen Vorschriften der BOKraft zu beachten.
- 3.1.5. Mobiltelefone dürfen vom Fahrpersonal während der Fahrt ausschließlich entsprechend den Rechtsvorschriften mit geeigneter Freisprechfunktion benutzt werden.
- 3.1.6. Ein den straßenverkehrsrechtlichen Bestimmungen entsprechender und den Bedürfnissen der jeweiligen Beförderungsteilnehmer angepasster Fahrstil ist stets einzuhalten.
- 3.1.7. Der Auftragnehmer hat das Fahrpersonal zur erhöhten Vorsicht anzuhalten und auf die besonderen Gefahren und Eigenheiten, die sich bei der Beförderung von Behinderten Menschen ergeben, hinzuweisen.
- 3.1.8. Aus wichtigem Grund kann der Auftraggeber vom Auftragnehmer verlangen, dass ein anderer Fahrzeugführer eingesetzt wird. Der wichtige Grund ist dem Auftragnehmer rechtzeitig mitzuteilen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor,
  - 3.1.8.1. wenn gegen einen Fahrzeugführer ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts einer Straftat nach den §§ 171, 174 bis 174c, 176 bis 180a, 181a, 182 bis 184g, 184i, 184j, 201a Absatz 3, §§ 225, 232 bis 233a, 234, 235 oder 236 des Strafgesetzbuches (StGB) eingeleitet worden ist,
  - 3.1.8.2. wenn der Fahrzeugführer wiederholt seinen vertraglichen Pflichten bei der vertragsgegenständlichen Leistungserbringung nicht oder nicht ordnungsgemäß nachgekommen ist (z. B. wiederholte, verschuldete Verspätung der Touren, vergessene Abholung der Betreuten etc.).
- 3.1.9. Die Mitarbeiter des Auftragnehmers sind von diesem darauf hinzuweisen, dass die Bestimmungen des Datenschutzes zu beachten sind und sie somit über alle bekannt gewordenen Angelegenheiten der Einrichtungen, deren Mitarbeiter und den zu befördernden Personen zur Verschwiegenheit verpflichtet sind.

#### **3.2. Gewaltschutz**

- 3.2.1. Der Auftragnehmer ist nach § 90 SGB IX verpflichtet, ausschließlich Fahrpersonal einzusetzen, welches nicht rechtskräftig wegen einer Straftat nach den §§ 171, 174 bis 174c, 176 bis 180a, 181a, 182 bis 184g, 184i, 184j, 201a Absatz 3, §§ 225, 232 bis 233a, 234, 235 oder 236 StGB verurteilt worden ist. Zu diesem Zweck ist vor Beginn der Tätigkeit und regelmäßig in Abständen von mindestens 4 Jahren ein erweitertes Führungszeugnis für das gesamte Fahrpersonal einzuholen. Auf Verlangen ist dem Auftraggeber Rechenschaft über die Erfüllung dieser Verpflichtung zu erteilen.
- 3.2.2. Der Auftragnehmer ist zur Entwicklung und Umsetzung eines Gewaltschutzkonzeptes i. S. d. § 37a Abs. 1 SGB IX verpflichtet. Das Gewaltschutzkonzept ist spätestens einen



Monat nach Auftragsbeginn und nach Freigabe durch die Auftraggeberin in Vollzug zu setzen, in regelmäßigen Abständen – mindestens jährlich – auf Aktualität und dessen Wirksamkeit hin zu überprüfen. Der Auftragnehmer hat sich bei der Entwicklung, Umsetzung und Aktualisierung an den jeweils aktuellen Empfehlungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe und der Eingliederungshilfe (BAGüS) (letzter Stand: Juli 2023) bzw. dem jeweils aktuellen Rahmen-Gewaltschutzkonzept der Arbeitsgruppe „Entwicklung eines Rahmen-Gewaltschutzkonzeptes“ der Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten für behinderte Menschen und berufliche Teilhabe in Mecklenburg-Vorpommern e. V. (LAG WfbM e. V.) (letzter Stand: September 2021) zu orientieren. Entwicklung, Umsetzung und Aktualisierung sind zu dokumentieren und der Auftraggeberin in regelmäßigen Abständen vorzulegen. Die Auftraggeberin ist berechtigt, die Einhaltung bzw. Anwendung des jeweils aktuellen Gewaltschutzkonzeptes in regelmäßigen Abständen zu überprüfen.

### **3.3. Vergaberechtlicher Mindestlohn**

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seinen Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung mindestens den vergaberechtlichen Mindestlohn nach dem Tariftreue- und Vergabegesetz Mecklenburg-Vorpommern und der Mindestarbeitsbedingungenverordnung des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu zahlen (derzeit 14,68 Euro pro Stunde brutto), bei Anwendbarkeit verbindlicher Tarifverträge einen daraus sich ergebenden höheren Lohn.

Eine Anpassung des vertraglichen Entgelts ist nicht allein wegen einer Anhebung des Mindestlohns möglich, sondern nur im Rahmen der allgemeinen Indexklausel von Ziff. 5.1.4).

### **3.4. Nachunternehmen**

Ein Einsatz von Nachunternehmern, die nicht bereits im Angebot namentlich und mit Eignungsnachweisen benannt waren, ist nur mit vorheriger Zustimmung des Auftraggebers möglich. Soweit Leistungen auf Nachunternehmen übertragen werden sollen, hat sich der Auftragnehmer – soweit das nicht bereits bei Angebotsabgabe erfolgt ist – durch Erklärung in Textform gegenüber dem Auftraggeber zu verpflichten, dem Nachunternehmen die für den Auftragnehmer geltenden Pflichten hinsichtlich der Mindestarbeitsbedingungen aufzuerlegen und die Beachtung dieser Pflichten durch das Nachunternehmen zu überwachen.

## **4. Haftung und Versicherung**

### **4.1. Personen- und Sachschäden**

Der Auftragnehmer haftet nach den allgemeinen Vorschriften. Er ist verpflichtet, den Auftraggeber von allen Ansprüchen freizuhalten, die von Fahrgästen oder Dritten wegen der in diesem Vertrag vereinbarten Beförderung erhoben werden.

### **4.2. Versicherungsschutz**

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Versicherungssumme von mindestens 1.000.000,-- € je Schadensfall für Personen- und Sachschäden über die gesamte Vertragslaufzeit abzuschließen und aufrecht zu erhalten. Diese muss auch Schäden der zu befördernden Personen im Zusammenhang mit der Beförderung abdecken. Er ist ferner verpflichtet, eine Haftpflichtversicherung der eingesetzten Fahrzeuge nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen mit einer Mindestdeckungssumme je Schadenereignis von 100.000.000 € zu unterhalten. Umfang und Wirksamkeit des

Versicherungsschutzes sind in Form von entsprechenden Bescheinigungen der Versicherungsgesellschaften dem Auftraggeber nachzuweisen.

Die Einreichung der Bestätigungen hat spätestens 4 Wochen nach Auftragserteilung bzw. mindestens 1 Woche vor Auftragsbeginn zu erfolgen.

Nachweise sind jeweils zu Beginn eines neuen Versicherungsjahres erneut vorzulegen.

Der Versicherungsschutz ist während der gesamten Vertragslaufzeit aufrecht zu halten.

## **5. Vergütung und Abrechnung der Leistungen**

### **5.1. Vergütung der Beförderungsleistungen**

5.1.1. In dem Angebotspreis müssen sämtliche preisbeeinflussenden Faktoren berücksichtigt sein. Die angebotenen Preise müssen die vollständige und vertragsgemäße Durchführung der Leistung und einen täglichen Fahrbetrieb von Montag – Freitag ab ihren jeweiligen Wohnorten (1. Haltepunkt gem. Personenliste) zu den Stralsunder Werkstätten an folgenden Standorten (2. Haltepunkt gem. Personenliste):

- Albert-Schweitzer-Str. 1, 18437 Stralsund	=A
- Hafenstraße 19, 18439 Stralsund (bis 1.Quartal 2027)	=B
- Ziegelstraße 11, 18439 Stralsund (ab 2.Quartal 2027)	=C
- Waldweg 1, 18442 Wendorf	=D
- Agnes-Bluhm-Straße 30, 18442 Wendorf	=E
- Rostocker Chaussee 70 Haus 48, 18437 Stralsund	=F
- Barther Straße 62a, 18437 Stralsund (bis 1.Quartal 2027)	=G
- Grünhufer Bogen 2 (Tierparkgelände), 18437 Stralsund	=H
- Ziegelstraße 2, 18439 Stralsund	=I

berücksichtigen.

5.1.2. Die Vergütung muss auf der Basis der gem. Leistungsverzeichnis zu befördernden Personen kalkuliert sein. Pro Person ist ein Haltepunkt benannt; Haltepunkte sind mehrfach benannt, wenn dort mehrere Personen zu- bzw. aussteigen. Die Vergütung muss als Pauschale pro Tag und zu befördernder Person unter Berücksichtigung einer durchschnittlichen Straßenstreckenentfernung (einfache Entfernung zwischen Haltepunkt und Haupthaltepunkt, gemittelt über alle zu befördernden Personen) von höchstens 11 km kalkuliert sein, wobei davon auszugehen ist, dass bis zu 15 zu befördernde Personen einen Rollstuhl benutzen. Im Rahmen der Pauschale abzurechnen sind jeweils alle Personen, die im Tourenplan benannt sind, auch wenn diese zum Beispiel urlaubs- oder krankheitsbedingt nicht zu befördern sind. Der Auftraggeber ändert die Liste der Haltepunkte, wenn einzelne Personen dauerhaft aus der Beförderung herausfallen oder hinzukommen. Die Pauschale versteht sich zuzüglich der jeweils geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer.

5.1.3. Die Pauschale bleibt für jede zu befördernde Person auch dann unverändert, wenn die Zahl der Haltepunkte um bis zu 8 unter die derzeitige Zahl von 112 sinkt oder um bis zu 8 darüber steigt. Verringert sich die Zahl weitergehend für mehr als 4 Wochen, so hat der Auftragnehmer Anspruch auf Erhöhung der personenbezogenen Pauschale zur Berücksichtigung der durch die Veränderung nicht betroffenen Kostenanteile. Der Auftragnehmer hat die Auswirkungen auf die Kosten nach Maßgabe seiner ursprünglichen Kalkulation nachzuweisen. Bei einer Erhöhung über die in Satz 1

genannte Schwelle hinaus besteht ein Anspruch des Auftraggebers auf Verringerung der personenbezogenen Pauschale zur Berücksichtigung der durch die Veränderung nicht betroffenen Kostenanteile. In diesem Fall hat der Auftragnehmer die Auswirkungen plausibel darzulegen. Eine Anpassung der Pauschale im Hinblick auf nachgewiesene Kostenänderungen ist in entsprechender Anwendung der vorgenannten Maßstäbe auch dann möglich, wenn sich die Zahl der zu befördernden Personen, die einen Rollstuhl benutzen, um mehr als 5 nach unten oder oben verändert.

- 5.1.4. Abgesehen von den in der vorstehenden Ziff. genannten Veränderungen ist die personenbezogene Pauschale für die ersten zwölf Monate der Leistungserbringung fest vereinbart. Für die Zeit danach erfolgt eine Wertsicherung nach folgenden Maßgaben: Die Wertsicherung richtet sich zu 50 % nach dem vom Statistischen Bundesamt berechneten Index der tariflichen Stundenverdienste im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich (Datenbank GENESIS online, Tabelle 62221-0004 Verdienste, Arbeitskosten Wirtschaftszweig: WZ08-493 Sonstige Personenbeförderung im Landverkehr – neue Länder, mit Sonderzahlungen – Erscheinungsfolge vierteljährlich), zu 50 % nach dem vom Statistischen Bundesamt berechneten „Kraftfahrer-Preisindex“ (Datenbank GENESIS online, Tabelle 61111-0006 – Preise – Sonderposition CC13-80 Kraftfahrer-Preisindex – Erscheinungsfolge monatlich). Der Wertsicherungsanteil bezogen auf den Kraftfahrer-Preisindex kann einmal im Quartal geltend gemacht werden und wird jeweils ab dem ersten vollen Monat nach der Änderung wirksam. Im Übrigen kann die Wertsicherung nach diesen Maßgaben alle zwölf Monate geltend gemacht werden. Sollten die vorgenannten Indizes nicht mehr veröffentlicht werden, treten von den Parteien zu vereinbarende möglichst gleichwertige Nachfolge-Indizes an ihre Stelle.

## **5.2. Rechnungsstellung**

- 5.1.5. Die Vergütung der monatlichen Beförderungsleistungen wird vom Auftraggeber monatlich im Nachhinein geleistet.
- 5.1.6. Die Rechnung ist monatlich innerhalb einer Frist von 2 Wochen dem Auftraggeber zur Prüfung und Begleichung vorzulegen.
- 5.1.7. Bei der Rechnungserstellung sind vom Auftragnehmer die Vorgaben und formalen Anforderungen der Förderbehörden / Genehmigungsbehörden / Steuerbehörden an die Rechnungsstellung zu beachten. Der Auftragnehmer ist zur Sicherung korrekter Rechnungsstellungen verpflichtet, er hat sich regelmäßig über den aktuellen Stand der diesbezüglichen Vorschriften und Rechtsverordnungen zu informieren.

## **6. Schutz personenbezogener Daten**

- 6.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet geeignete Maßnahmen zu treffen, die den Schutz personenbezogener Daten gewährleisten.
- 6.2 Der Auftragnehmer ist zum Abschluss eines Auftragsdatenvertrages nach Art. 28 Abs. 3 DSGVO (AVV) mit dem Auftraggeber gem. dem den Vergabeunterlagen beigefügten Muster verpflichtet und hat dazu die erforderlichen individuellen Angaben zur Ausfüllung der im Muster noch offenen Punkte korrekt und rechtskonform zu machen.

## **7. Vertragsdauer und Kündigung**

### **7.1. Laufzeit des Vertrages**

Vertragsbeginn ist der 01.09.2026. Der Vertrag läuft bis zum 31.08.2031.

Die Vertragslaufzeit verlängert sich um 1 Jahr, sofern nicht eine der Vertragsparteien spätestens 10 Monate vor Ablauf der Laufzeit dem Vertragspartner schriftlich mitteilt, dass der Vertrag am 31.08.2031 enden soll.

### **7.2. Kündigung**

- 7.2.1 Eine vorzeitige Kündigung ist aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist zulässig. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere dann vor, wenn ein Vertragspartner schuldhaft oder trotz Mahnung wiederholt gegen Bestimmungen dieses Vertrages verstoßen hat.
- 7.2.2 Kündigungen bedürfen der Schriftform.

## **8. Sonstiges zum Vertrag**

- 8.1 Bestandteil des Vertrages sind (in der nachfolgenden Rangfolge) diese Leistungsbeschreibung einschließlich darin aufgeführter besonderer Vertragsbedingungen, die Personenliste in der jeweils aktuellen Fassung, der Auftragsverarbeitungsvertrag (AVV), die VOL/B, Ausgabe 2003 und das Angebot des Auftragnehmers im Vergabeverfahren einschließlich Angebotsformular nebst Preisblatt. Etwaige Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers werden kein Vertragsbestandteil.
- 8.2 Änderungen des abgeschlossenen Vertrages einschließlich dieser Klausel bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Mündliche Nebenabreden zu dem abzuschließenden Vertrag sind nicht getroffen und auch künftig unzulässig.
- 8.3 Rechte und Pflichten aus dem abgeschlossenen Vertrag sind nur mit Zustimmung des Vertragspartners übertragbar.
- 8.4 Sollten einzelne Bestimmungen des Vertrages unwirksam sein, bleiben die übrigen Bestimmungen davon unberührt und es gilt diejenige Bestimmung als vereinbart, die wirksam ist und wirtschaftlich der gewollten Vereinbarung am nächsten kommt.
- 8.5 Der Gerichtsstand ist Stralsund.